

Kemptener Zeitung

normals General-Anzeiger für Kempten, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Kluiserisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Posten ins Haus gebracht in Kempten 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post bezogen. Am Ende jedes Monats Spezial-Betriebsführung Streifen usw. erstattet jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltige Reklamzeile 40 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingte Gewähr gebührender oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, einschließlich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kempten, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 116

Donnerstag, den 1. Oktober 1931

33. Jahrg.

Zwang zur sparbaren Wirtschaft

Vor 125 Jahren begann Preußens große Leidenszeit. Die Schlacht bei Jena und Auerstedt, ein letzter verzweifelter Versuch, Preußen vor dem ersten Eroberer zu retten, wurde verloren, das preussische Heer gelang oder in die Flucht geschlagen. Wie ein Triumphator zog Napoleon in die Hauptstadt Berlin ein und ließ Preußen die harte Faust des Siegers fühlen. Durch den Friedensvertrag von Tilsit verlor Preußen die Hälfte seines Gebietes, das gesamte Gebiet links der Elbe und den größten Teil der politischen Erwerbungen mußte es abtreten. Außerdem wurden dem erschöpften Land ungeheure Kontributionen auferlegt. Zahlreiche Orte blieben auch nach dem Friedensschluß vom Feinde besetzt, und das Land wurde von den fremden Truppen in brutaler Weise ausgezogen und geplündert. Erst im Spätherbst 1808 rückten die Franzosen ab, nachdem Napoleon noch eine Kontribution von 140 Millionen Talern erpreßt hatte.

Hat nicht unsere trübselige Zeit eine unverweilte Ähnlichkeit mit der furchtbaren Leidenszeit Preußens vor 125 Jahren? Auch wir haben einen Krieg verloren und einen Friedensvertrag untergezeichnet, dessen Durchführung den Staat an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Unter dem Druck der Siegermacht mußten wir das Letzte hergeben. Handelsflotte, Eisenbahnmateriale, Waffen, Vieh und vieles andere mehr mußten den besiegten Franzosen und ihren Alliierten ausgeliefert werden. Weite Gebiete des deutschen Vaterlandes wurden dem Feinde losgerissen, jahrelang litt das Rheinland unter der fremden Besatzung, das Ruhrgebiet wurde ausgeplündert und die Bevölkerung der besetzten Gebiete bis aufs Blut gepeinigt, Milliarden aus dem deutschen Volk herausgepreßt. Preußens Schicksal zur napoleonischen Zeit war sicher schwer, aber die Folgen des Weltkrieges sind im Vergleich dazu viel furchtbarer.

Eine der verhängnisvollsten Wirkungen des Weltkrieges ist die ungeheure Kapitalnot. Die großen deutschen Auslandsgebühren wurden beschlagnahmt, sie sind — bis auf die amerikanischen Rückzahlungen an die deutschen Schiffahrtsgesellschaften — als entgeltlich verloren zu betrachten. Wenn man noch die erheblichen Barleistungen in Form von Reparationen miteinbezieht, so kann man erweisen, nach ungeheurer Milliardenwerte an Geld- und Sachkapital Deutschland seit dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges eingebüßt hat.

Nach einer für uns noch ziemlich unglücklichen Berechnung des Instituts of Economics in Washington betragen die deutschen Verluste an die Siegermächte vom Waffenstillstand bis zum 31. Dezember 1922 nicht weniger als 25,8 Milliarden Mark. Hinzu kommen noch die Beitreibungen während des Ruhrstreiks in einer Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Mark. Diese gewaltigen Beträge waren natürlich aus den laufenden Erträgen der deutschen Wirtschaft nicht zu entnehmen, sie mußten vielmehr aus der Vermögenssubstanz bestritten werden. In der Inflationszeit wurden dann die letzten Ersparnisse des deutschen Volkes gerieben. Darum fehlte es in der ganzen Zeit der Währungsstabilisierung an Betriebskapital, dem eigentlichen Motor der Wirtschaft. Die Folge davon war die Aufnahme von Auslandsanleihen in einem noch nie gekannten Ausmaß. Befruchtet von diesem Kapitalstrom aus dem Ausland erlebte die deutsche Wirtschaft ein Stadium der hochkonjunkturellen, das nie auszuweichen war nicht von langer Dauer war. Dazu drückte die Last der Reparationszahlungen sowie der öffentlichen Ausgaben so schwer auf die Wirtschaft, auch war die Abhängigkeit von dem Auslandskapital äußerst bedenklich, zumal es sich in der Hauptphase am kurzfristig angelegtes Geld handelte, das jederzeit von den Gläubigern wieder abgerufen werden konnte. Der letzte Sommer hat ja dann auch mit erschütternder Deutlichkeit die große Gefahr dieser Kreditwirtschaft gezeigt. Mit Mühe und Not und unter schweren Opfern haben wir eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite um ein halbes Jahr erreicht. Ob die Gläubiger dann noch weiter stillhalten werden, läßt sich heute noch nicht sagen. Wahrscheinlich wird man eine grundsätzliche Verlängerung des Stillhalteabkommens bei allmählicher Tilgung der Kredite anstreben.

Darüber hinaus wird unsere wichtigste Aufgabe jetzt darin bestehen, die inländische Kapitalbildung lo zu entfalten, daß in absehbarer Zeit einmal die folgenlosere Abhängigkeit vom Ausland überwunden werden kann. In diesem Zweck muß zunächst der Abstrom deutschen Kapitals zu Reparationszwecken um jeden Preis unterbunden werden, weiter muß alles getan werden, um die Kapitalbildung im Inland mit allen Mitteln zu fördern. Jeder einzelne, der über ein festes, ausreichendes Einkommen verfügt, muß und kann zur Erreichung dieses Zieles mitarbeiten. Wieviel Geld wird auch heute noch von überflüssigen Gemütern zu Hause im Sparfach vermauert, anstatt es den Sparbanken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und ähnlichen Geldinstituten zuzuführen, wo es den Besitzern Zinsen bringt und obenrein in Form von Darlehen und Krediten der Wirtschaft nutzbar gemacht wird? Wie groß die Summen sind, die auf diesem Wege der Wirtschaft zugeleitet werden, erzieht man am besten daraus, daß sich trotz der allgemeinen Geldknappheit allein bei den deutschen Lebensversicherungen die Kapitalanlagen im Jahre 1930 um mehr als 500 000 RM vermehrt haben und in dem gleichen Jahre zum Beispiel

eine einzige dieser Gesellschaften, nämlich die Allianz, mehr als 350 Millionen Gesamtprämienentnahmen zu verzeichnen hatte.

Jedermann lehnt sich heute nach der Rückkehr zu geordneten Verhältnissen. Gut, dann ist es auch keine Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wir täuschen uns über unsere Lage, so erklärte der preussische Handelsminister Dr. Schreiber kürzlich bei der Hundertjahrfeier der Handelskammer Duisburg-West, wenn wir nicht erkennen wollten, daß der Zwang, Sparparlament zu bilden, an alle Berufsstände und an alle Volksteilnehmer mit der gleichen nüchternen Unerbittlichkeit herantritt. Allerdings verlangt der Minister mit Recht, daß neben sparparlamentärer Kapitalverwendung (sowohl in der öffentlichen wie in der privaten Wirtschaft) auch die Kapitalbildung in allen Schichten mehr als bisher begünstigt und erleichtert wird. Denn übermäßige Belastung der Wirtschaft durch Zins und Steuern muß deshalb in Zukunft wegfallen, wenn die inländische Kapitalbildung wieder Fortschritte machen soll.

„Es gibt keine Inflation!“

Brüning auf der Tagung des Sparparlamentes.

Auf der Tagung des Sparparlamentes hielt Reichszentraler Dr. Brüning eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Währung

muß in Deutschland unverändert erhalten bleiben. Kein Volk, das, wie das deutsche, das furchtbare Erleben einer solchen Inflation über sich ergehen lassen mußte, wird es erneut ertragen können, wenn in den Zeiten größter Unruhe und Angst erneut dem Vertrauen auf den Bestand von Sparvermögen und Rücklagen ein Stoß verleiht würde. Die Regierung wird darum im Verein mit der Reichsbank alles tun, um die Währung in ihrem Bestande zu schützen.

Ein armes Land muß billig sein.

Wenn es gelingt, Anträge und Preise in dieser Richtung zu orientieren, dann werden auf solcher Basis Währungsersparnisse, wie sie durch eine Verschleppung des Währungswertes nur vorübergehend möglich wären.

Die eingeleiteten Regierungsmaßnahmen lassen erkennen, daß eine jede den Interessen der Sparer widerprechende Vergünstigung zwischen den öffentlichen Finanzen und den Sparparlamenten ausgeschlossen bleiben soll. Wenn von Zeit zu Zeit Gerüchte aufkommen, daß Sparparlamenten beschlagnahmt würden, so sind sie völlig unbegründet.

Stille Aufrechterhaltung der Goldwährung.

Am weiteren Verlauf der Jubiläumstagung der Sparparlamenten unter der Leitung des Reichszentralers Dr. Brüning nochmals die Ausführungen des Reichszentralers, wobei er ausführte: „Eine kontrollierte Inflation kann es für Deutschland nicht geben, und deshalb weiß ich es wohl von mir, durch Inflation den deutschen Sparer um sein Kapital zu bringen.“ Da Deutschland dem Ausland ferner vorwiegend auf der Gold- oder Dollarbasis verkehrte, sei, würde aus einer Abwertung der Mark keine Entlastung, sondern gerade eine Erhöhung des Schuldendienstes resultieren. Das Festhalten an der Goldwährung besorge Deutschland vor unübersehbaren Schwierigkeiten und fördere den Kredit.

2. Tag des Staatsbesuches.

Die französischen Minister beim Reichspräsidenten.

Berlin, 29. September.

Reichspräsident von Hindenburg nahm in seinem Arbeitszimmer den Besuch der französischen Ministerpräsidenten Laval und des französischen Außenministers Briand, die von dem Botschafter Frankreichs in Berlin Francois-Doncel begleitet waren, entgegen. Der Besuch dauerte zehn Minuten. Vor dem Hotel Eldon und in der Wilhelmstraße hatten sich mehrere hundert Personen eingefunden. Die Abfertigungen der Polizei liefen stark verringert worden. Man sah nur Unter den Linden verkehrte Polizeistreifen und vor dem Reichspräsidentenpalais ein größeres Polizeiaufgebot. Um 10.45 Uhr lebten die Minister in ihr Hotel zurück.

Im Pergamon-Museum.

Laval und Briand sind um 11.30 Uhr in Begleitung des Reichszentralers und des Außenministers zum Pergamon-Museum gefahren, wo sie von Geheimrat Wegold, Geheimrat Friedländer und Professor Kühne empfangen wurden.

Ausflug nach Gladow.

In Begleitung des Reichszentralers, des Außenministers, mehrerer Beamten des Auswärtigen Amtes und Herren aus der Begleitung der französischen Minister machten Laval und Briand am Nachmittag einen Ausflug nach Gladow. Die Brüningskinden bei Gladow, wo das Mittagessen eingenommen wurde. Am Anfuhrort hielten die politischen Unterhaltungen fortgesetzt, an denen allerdings der Reichszentraler sich nicht mehr beteiligen konnte, weil er auf der Jubiläumstagung der Sparparlamenten eine Rede halten mußte.

An den Verhandlungen nahm Staatssekretär von Bülow, der französische Botschafter Francois-Doncel und der

deutsche Botschafter von Hoeh teil. Die Herren lebten gegen 5 Uhr nach Berlin zurück, während der Rückfahrt wurde ein Teil der inneren Stadt befreit, worauf die Herren in ihr Hotel zurückkehrten, wo dann um 6 Uhr abends der große Presseempfang stattfand.

Abluß der Besprechungen.

Eine gemeinsame Verlautbarung über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen.

Mit dem Empfang in der französischen Botschaft ging der Berliner Besuch der französischen Minister zu Ende. Das Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen ist in einem gemeinsamen Communiqué zusammengefaßt, das am Montagabend den Pressevertretern bekanntgegeben wurde. Die amtliche Mitteilung enthält im wesentlichen Angaben über die Einleitung und Funktionen des fünftägigen deutsch-französischen Ausschusses sowie über die Gliederung seines Aufgabengebietes, das wirtschaftliche, finanzielle und technische Einzelheiten der Zusammenarbeit umfaßt. Am eingehendsten ist in dem Bericht:

„Die Vertreter der beiden Regierungen haben erneut ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß ihr Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaft, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Bemühungen zu vereinen, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden.“

Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten vermag. Sie sind dementsprechend übereingekommen,

eine gemischte deutsch-französische Kommission

zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft wie auch der Arbeitnehmer, bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen obliegen. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten und ihre Arbeiten alsbald aufnehmen.

Die Kommission hat die Aufgabe, alle die beiden Länder betreffenden Wirtschaftsprüfung zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren.

Sie wird vor allem die Möglichkeiten prüfen, die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen. Sie wird den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern unteruchen, um die seit dem Inkrafttreten des Handelsvertrages von 1927 gesammelten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Möglichkeiten suchen. Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihr Vorgehen nicht gegen die Wirtschaft irgendeines anderen Landes richtet.

Sie erklären, daß sie es ablehnen, die Lösung der von der Kommission zuweisenden Fragen etwa in gemeinsamem Vorgehen auf dem Gebiet von Zollserbahrungen zu suchen. Sie werden sich in Einklang mit den allgemeinen Bestrebungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise halten und werden die Mitarbeit anderer Länder in jedem Maße nachsuchen, wo die Sachlage dies erfordert. So können unter anderem die Durchführbarkeit internationaler Maßnahmen über Schifffahrt und Luftverkehr geprüft werden.“

Der Grundriss in Berlin.

„Das Studienkomitee ein Arbeitsministerium.“

Größere Aspekte für die Zusammenarbeit.

Von maßgebender deutscher Seite wird zu dem Communiqué betont, daß die ganzen Besprechungen von der Heberzeugung beherrscht waren, daß es nicht nur im Interesse der beiden Länder, sondern auch im Interesse Europas und der Weltwirtschaft absolut notwendig sei, zu einer engen Zusammenarbeit zu gelangen. Dieser Notwendigkeit läßt sowohl der französische Ministerpräsident als auch der Reichszentraler vorbedingentlich Ausdruck gegeben, und auch die Unterhaltung beim Reichspräsidenten sei von der gleichen Heberzeugung beherrscht worden.

Nach einer eingehenden diplomatischen Vorbereitung hätten die Minister in diesen Tagen eine vertrauensvolle Aussprache gesucht und gefunden. Sie ist nicht nur auf die praktische Arbeit, auf die nächsten wirtschaftlichen Fragen beschränkt gewesen, sondern habe sich auch auf die großen politischen Weltprobleme erstreckt. Auf diesem weiteren Gebiet seien Beschlüsse allerdings noch nicht gefaßt worden, vielmehr konzentrierten sich die Besprechungen schließlich auf die Einleitung des deutsch-französischen Komitees.

Das Komitee wird aus hohen Beamten der beiden Regierungen zusammengesetzt und je nach den aktuellen Aufgaben durch berufene Vertreter der Wirtschaft ergänzt werden. An der Spitze des Komitees steht immer einer der beiden Außenminister, wenn das Komitee in Berlin tagt

der deutsche, wenn es in Paris arbeitet der französische. Es wird befristet, daß auch die Gewerkschaften zu dieser Beschäftigungsarbeit hinzugezogen werden sollen.

Die Aufgabe des Komitees ist, so meint man in deutschen Regierungskreisen, naturgemäß zunächst die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Völker weiter zu vertiefen. Neben den wirtschaftlichen Aufgaben könnten sich aber noch weit größere Aspekte für die deutsch-französische Zusammenarbeit überhaupt aus dem Komitee entwickeln. Hier werde ein Instrument geschaffen, das dazu dienen soll, die deutsch-französischen Beziehungen auf eine ganz andere Basis zu stellen. An diesen Arbeitskollektiven könne sich später vielleicht noch viel mehr anknüpfen.

Schließlich wird von unterrichteter Seite noch betont daß von diesem Belust eine starke Entspannung in den Beziehungen der beiden Völker ausgehen werde. Die Französischen und die Deutschen Minister hätten ebenfalls beschlossen, auf diesem Wege weiter fortzudringen.

Zunächst wird jetzt Mitte Oktober das Komitee seine Arbeiten aufnehmen.

Von unterrichteter Seite wird befristet, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit sich auch auf die kolonialen Gebiete erstrecken soll. Darüber sei in den Berliner Unterhaltungen bereits sehr eingehend verhandelt worden. Die Prüfung in einzelnen wird Aufgabe des Komitees sein.

Keine politischen Erörterungen.

Das deutsch-französische Wirtschaftskomitee.

Berlin, 30. September.

Von unterrichteter Seite wird über die bei den Besprechungen mit Canal und Brand erfolgte Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees mitgeteilt, daß die Organisation dieses Komitees in einzelnen noch nicht festgelegt worden ist. Wenn in einem Teil der Presse Namen genannt werden, so können diese Namen nicht als authentisch bezeichnet werden. Auch in materieller Hinsicht sind in der Presse teilweise unrichtige Darstellungen über das deutsch-französische Wirtschaftskomitee und die vorbereiteten Besprechungen im Umlauf.

Bei den Besprechungen sind politische Fragen völlig ausgeschlossen gewesen. Auch die Reparationsfrage ist nicht erörtert worden, ebenso wenig die Frage der Außenwechsel.

Steuerfreie Reichsbahnleihe.

Auflegung am 1. Oktober.

Berlin, 30. September.

Zur Durchführung der Beratungen des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steuerermäßigung vom 19. September 1931 wird von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die 4-prozentige steuerfreie Reichsbahnleihe 1931 zum Nennbetrag angeboten.

Die Anleihe wird in Stücken von 100, 500, 1000 und 5000 Goldmark ausgesetzt. Als Goldmark gilt der Gegenwert von 1/2790 Feingold. Dieser Gegenwert wird bei den Zinsauszahlungen und der Einlösung der verlosenen Stücke errechnet unter Zugrundelegung des Londoner Goldpreises des 15. des der Fälligkeit vorangehenden Monats. Die Anrechnung in die deutsche Währung erfolgt zum Mittelkurs der amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung London des gleichen Tages.

Die Anleihe wird vom 1. Oktober 1931 mit jährlich 4% o. h. verzinst. Zeichnungen werden angenommen, a) bei denjenigen Reichsbahndirektoren, die von den zuständigen Reichsbahndirektoren als Zeichnungstellen bestimmt werden, b) bei allen Reichsbahnbankstellen, a) bei bestimmten Banken in Berlin und in 27 anderen deutschen Städten.

Der Weg zur Gesundung.

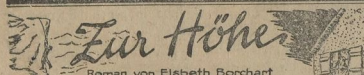
Forderungen der deutschen Wirtschaft.

Berlin, 30. September.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat gemeinsam mit den übrigen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft dem Reichspräsidenten und Reichsministern, den Ministerpräsidenten der deutschen Länder sowie dem Reichsbankpräsidenten und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eine Erklärung übergeben mit dem Hinweis, daß sich die deutsche Wirtschaft offen und rückhaltlos zum

Individualisierten Wirtschaftssystem

bekennen müsse. 1. a. werden folgende Forderungen, erfüllt: Ein weiterer umfangreicher Aufbaue- und Aus-



Zur Höhe

Roman von Elisabeth Borchardt

59. Fortsetzung. Nachdruck verboten. "Das Unwetter folgt langsam, vielleicht erst morgen", hatte Barbini gesagt, und es war eingetroffen. Draußen krönte der Regen unangenehm und auch dem Sturm in ihrem Innern folgte das betrübende Maß. Frau Renatus war eingetreten und bemerkte mit Besorgnis die Verfalltheit ihrer Tochter. "Ja - Kind, was fehlt dir?" "Mit schnellen Schritten war sie bei der Tochter, hatte den Arm um deren Schulter gelegt und sah zu ihr herabgebend. "Da laß ja auf. "Nutt - er ist fort - ohne Abschied." Ein weher Schmerz durchzitterte ihre tränenreichsten Stämme. "Ja!" rief Frau Renatus erschrocken und befürgt: "Da sag ja die ganz verdörnte Frau zu sich auf den Stuhl nieder. "Du hast - recht geraten, Nutti - es ist über mich gekommen wie gelber der Föhn über die Berge, und daß lag er schon lange in der Luft. "Ja," lächelte Frau Renatus noch einmal auf, "ich hätte es nicht für möglich gehalten - ich - ich habe nie daran gedacht, daß du - " "Ich auch nicht," fuhr sie ein und freischelte der Mutter kalte Hände, "aber nun ist es geschehen und - fürchte nicht, daß diese Liebe trennend zwischen dir und mir stehen wird. Wo ich bin, da wirst du auch stets sein." "O Gott, ich dachte nicht an mich in diesem Augenblicke, nur an dein Glück - Ja - Ja - glaubst du denn das Glück an meiner Seite zu finden - er ist nicht einmal Deutscher - " "Was tut's Nutti?" Frau Ruhe wusch mit der Mutter zerfallungsvolligste. "Die Liebe ist unabhängig von der

gabenabbau in der gelamten öffentlichen Hand, Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, Senkung der logischen Abgaben und der Zölle der Reichs- und Reichsbahn, endgültige Beteiligung aller Kreise der Juangswirtschaft, insbesondere auch im Wohnungswesen. Ferner sei es eine grundlegende Notwendigkeit, die Währung gesund zu erhalten. Für die Privatwirtschaft sei eine Ausweitung des Kreditvolumens dringend erforderlich. In der Handelspolitik müsse eine Linie verfolgt werden die der Aufrechterhaltung und Erweiterung der deutschen Ausfuhr ebenso Rechnung trage wie der Aufrechterhaltung und Erweiterung des Binnenmarktes.

Die Erklärung schließt damit, daß die staatliche wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Deutschlands abhängig von dem freiheitlichen Grundgesetz der von den schöpferischen Kräften der Einzelpersönlichkeit des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers getragenen Privatwirtschaft und dem bindenden Grundgesetz der nationalen Idee und der nationalpolitischen Verantwortung.

Rüstungspause anempfohlen.

Schlusssitzung der 12. Völkerverbundversammlung.

Genf, 30. September.

Die 12. Völkerverbundversammlung hat nach etwas mehr als dreiwöchiger Dauer ihre Arbeiten beendet. Das geringe Interesse, das die Arbeiten der Versammlung in diesem Jahre hervorgerufen haben, zeigte sich auch in der Schlusssitzung, die nur wenige Zuhörer angezogen hatte.

Nach einer Trauerkundgebung für den verstorbenen polnischen Minister Strykowski, der bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund die Völkerverbundversammlung geleitet hatte, beendete sich die Versammlung mit dem in einer Nachsitzung des Abrüstungsausschusses fertiggestellten Bericht über das sogenannte Rüstungsfeiertag.

In einer kurzen Ansprache verteidigte Lord Cecil die der Versammlung vorgelegte Resolution, von der er meinte, daß sie für die Regierungen eine ausgezeichnete Gelegenheit sei, ihren Abrüstungswillen praktisch zu bezeugen.

Der italienische Delegierte General de Marinis brachte noch einmal zum Ausdruck, daß die Resolution zwar nicht die Erwartungen erfülle, die die italienische Regierung ursprünglich mit ihrem Plane eines Rüstungsstillstandes gehegt habe. Er glaubt aber, daß auch die Resolution dazu beitragen werde, den Rüstungsstopp aufzuhalten.

Der französische Delegierte Maffigi meinte, die Abrüstungsoffensivens könne nur dann zum Erfolg führen, wenn alle Regierungen mit dem festen Willen dorthin kämen, ihre eigenen nationalen Interessen mit denen der Allgemeinheit in Einklang zu bringen.

Die Entschließung über das Rüstungsfeiertag wurde schließlich ohne Widerspruch angenommen.

Der spanische Außenminister Lerroux berichtete in seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerverbundes über die bisherige Behandlung des chinesisch-japanischen Konfliktes durch den Rat. Er hob die Erklärungen der japanischen Regierung hervor, daß keine militärische Besetzung der Mandchurien beabsichtigt ist und daß im Gegenteil die Truppen so bald als möglich in die Bahnzone au-



Hindenburg 84 Jahre alt.

Am 2. Oktober begibt Reichspräsident von Hindenburg seinen 84. Geburtstag.

rückgezogen werden sollen. Der gute Wille der beiden Regierungen und ihre Freue gegenüber den Verträgen, die für Lerroux fort, bilde die beste Garantie für den Frieden der Welt. Der Völkerverbund werde nach Abschluß der Arbeiten der Versammlung seine Bemühungen fortsetzen, um den beiden Regierungen durch ein für beide Länder annehmbares Verfahren zu einer befriedigenden Regelung einer Lage zu verhelfen, die zwischen den beiden Ländern stehende Eridungen hervorgerufen habe und als eine Bedrohung des internationalen Friedens angesehen sei. Um 1 Uhr schloß der 12. Versammlung mit einer längeren Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Versammlung im Zeichen einer allgemeinen Vertrauenskrise zusammengetreten sei und daß dieser Umstand die allgemeinen Bedingungen, unter denen die Versammlung zu arbeiten hatte, verschlechtert habe.

Die Flucht vor dem Gold.

Auch Dänemark suspendiert den Goldstandard.

Kopenhagen, 30. September.

Ministerpräsident Stauning hat folgende Erklärung über die Valutaabhandlungen der Regierung abgegeben. Nachdem die Reichsstänken und die Regierungen von Schweden und Norwegen am Sonntagabend beschlossen hatten, die Pflicht der Einlösung der Goldscheine mit Gold aufzuheben, war es einleuchtend, daß Dänemark seine Valutapolitik nicht in der Richtung fortsetzen konnte, die in den ersten Tagen nach den Ereignissen in London einschlägig war.

Die Nationalbank richtete ein Ersuchen an die Regierung, von der Pflicht der Goldschießung befreit zu werden. Die Regierung hat beschlossen, vorzuschlagen, daß dem Wunsche der Nationalbank durch ein besonderes Gesetz entsprochen wird.

Die Gesetzesvorlage ist dem Reichstag vorgelegt und genehmigt worden.

Auch in Skandinavien . . .

Aufhebung des Goldstandards.

Stockholm, 29. September.

Die Regierung hat auf Antrag der Reichsbank und im Einverständnis mit der Reichsbankverwaltung am 28. September die Genehmigung erteilt, für die Zeit vom 28. September bis 30. November den Goldstandard zu suspendieren. Wenn die Verhältnisse es erlauben, kann die Bank schon früher zur Goldparität zurückkehren.

Die norwegische und die dänische Regierung haben die vorübergehende Aufhebung des Goldstandards verfügt und die Ausfuhr von Gold verboten.

MacDonald beim König.

London, 30. September.

Der englische Ministerpräsident MacDonald ist in einmündiger Audienz vom König empfangen worden. Am Mittwoch wird eine Kabinettsitzung statt. Am Mittwochs wird im Unterhaus eine Regierungserklärung abgegeben werden.

Amerikanischer Bankentrug.

Newport, 30. September.

In Philadelphia hat die Northern Central Trust Co. die fünf Zweigstellen unterstellt und über zierd drei der fünf Häuser Deposten verfügt, ihre Zahlungen eingestellt, ferner die Miles Trust Co. in Niles (Ohio) mit Deposten von 2 400 000 Dollar, die Glashoro Title Trust Co. in Glashoro (New Jersey), die First National Bank in Fort Mill (Südkarolina) und die City Central Bank Trust Co. in San Antonio (Texas).

Vorläufig keine Börse.

Auf Wunsch der Reichsregierung und der Reichsbank.

Berlin, 29. September.

Dem Berliner Börsenvorstand war ein Entschluß des preußischen Landesministers zugegangen, der im Namen des Finanzministeriums mit der Reichsregierung und der Reichsbank aus dringenden allgemeinen Interessen für notwendig erklärt, die Börsenverhandlungen bis auf weiteres ausfallen zu lassen, und den Börsenvorstand ersucht, einen entsprechenden Beschluß herbeizuführen.

Frau Venatus litt unjagbar unter solchen qualenden Gedanken, und diese lagen so nahe. Sie selbst hatte Barbini lieb gewonnen, und an ihn die Tochter zu verlieren, würde ihr nicht schmerzlicher genügen sein, wenn er ihr seine Liebe bekannt und um sie geworben hätte. Statt dessen ging er plötzlich ohne Abschied, ohne Erklärung, und ließ das Herz, das er sich gewonnen hatte, in Kummer und Sorge zurück. Aber die Liebe glaubt, vertraut und heilt eben alles. Gott segne das Kind!

XVI.

Der ankommende, gleichmäßig niederdröhnende Regen warfte niederdröhnend auf das Gemüt, und Frau Venatus warfte die Frage auf, ob man unter den obwaltenden Umständen nicht besser wäre, abzureisen.

„Du fährst ins Bankrott.“ „Du irrst mich aus der Seele, Nutti; zu einem Absteher ist Berner Oberland, wie wir es uns vorgenommen hatten, fehlt uns - ohne ihn doch die Luft, nicht wahr? Also laß uns nach Berlin zurückkehren!“

Der Gedanke an die Abreise lenkte die beiden Frauen von ihrem Kummer ab. Sie wußte, daß sie in Berlin, wo nicht sehr tief in die in die Höhe, mit ihm verlebte Zeit erinnerte, ruhiger werden würde. Zwar vergrößerte sich die Entfernung, aber Mailand lag nicht aus der Welt, und für den, der die Welt nach allen Richtungen hin bereist hatte, würde es nicht schwer sein, sie zu finden, wenn er sie nur suchen wollte.

So ging der Föhn in ihrer Brust langsam vorüber, das die Mienen waren weder so dunkel noch so feindlich; sie beugten nur ein wenig ihre regehaltene Kehle.

Nach der Table d'hôte machten sich die beiden Damen daran, ihre Sachen zu packen.

„Ja war äußerlich wieder vollkommen ruhig, sie ordnete mit Umficht das Koffer zu packen und sich nur Gedanken dafür zu haben. Nur als die Mutter für einige Zeit das Zimmer verlassen hatte, um antizipieren Schritte in das Wohnzimmer zurückzubringen, ging sie aus dem Zimmer und sah innend dem Schienentrang der Goldschärpe nach, und sie wanderte im Geiste mit zu dem Fernen geliebten Manne. (Fortsetzung folgt.)“

Der Börjenvorstand hat diesem Entschluß entsprochen, in dem Bericht des Ausschusses aber dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß dem Bedürfnis der Wirtschaft nach baldiger Fortsetzung des amtliden Börjenerberichts Rechnung getragen wird.

Die Börjenerverordnungen der Abteilung Wertpapierbörsen fallen vom 29. September 1931 ab bis auf weiteres aus. Die Feststellung der Devisenkurserfolgt in der Reichsbank.

Dr. Ernst Reichsdommiliar für das Bankgewerbe.

Der bisherige Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Ernst, ist zum Reichsdommiliar für das Bankgewerbe ernannt worden.

Mecklenburg-Strelitz muß zahlen.

Entscheidung im Aufwertungsprozeß des Fürstlichen Hauses.

Rostock, 30. September.

Im Rechtsstreit der Prinzessin Marie zur Cippe, der Prinzessin Milica von Montenegro und der früheren Großherzogin Elisabeth von Mecklenburg-Strelitz gegen den Freistaat Mecklenburg-Strelitz wegen Aufwertung ihrer Verbindungen hat das Oberlandesgericht zu Rostock nachfolgendes Urteil verkündet:

Das am 3. Juni 1931 ergangene Urteil der 1. Zivilkammer des Landgerichts Rostock ist aufgehoben. Der Antrag des Beklagten, den Schiedspruch vom 30. Oktober 1930 aufzuheben, wird abgelehnt. Auf Antrag der Klägerin wird der Schiedspruch vom 30. Oktober 1930 für vollstreckbar erklärt. Hiernach hat der Freistaat Mecklenburg-Strelitz zu zahlen:

1. an die Prinzessin Marie zur Cippe 161 300 RM mit 8 Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925;
2. an die Prinzessin Milica von Montenegro 500 000 RM mit 8 Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925;
3. bezüglich der Höhe des Prozentsfußes in der Höhe von 1 Million RM mit 8 Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925 für vollstreckbar erklärt.

Am die Tarifverträge.

Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

Berlin, 30. September.

Wie verlautet, hat zwischen dem Reichsarbeitsminister Stegengaard und den Führern der drei gewerkschaftlichen Spigenorganisationen eine Besprechung über die aktuellen sozialpolitischen Fragen stattgefunden. Dabei wurden im besonderen die finanziellen Schwierigkeiten in der Sozialversicherung erörtert. Die Reichsregierung hat offenbar den Wunsch, die Ansicht der gewerkschaftlichen Spigenorganisationen zu hören und sich auch von ihnen für die sozialpolitischen Maßnahmen beraten zu lassen, die in Aussicht genommen sind. Es handelt sich dabei keineswegs um den Inhalt der für die nächsten Tage zu erwartenden Notverordnung, die die sozialpolitischen Maßnahmen nicht vor Mitte Oktober zu erlassen sind.

Die Gewerkschaften haben dem Reichsarbeitsminister darauf aufmerksam gemacht, daß die Milderung oder gar Beseitigung der „Annohngbarkeit“ der Tarifverträge von der deutschen Arbeitnehmerenschaft unter keinen Umständen hingenommen werden könnte.

Die Reichsregierung selbst scheint nicht die Ansicht zu haben, diesen Weg zu gehen, wenn sie auch davon überzeugt ist, daß angesichts der steigenden wirtschaftlichen Krise eine gewisse Flexibilität der Tarifverträge genommen werden muß. Wie verlautet, soll über die Möglichkeiten einer solchen Schlichtungs- und Tarifpolitik mit den Spigenorganisationen und Unternehmern und der Gewerkschaften in nächster Zeit noch besonders verhandelt werden.

Ueber die endgültige Gestaltung steht naturgemäß im Augenblick noch nichts fest, aber man denkt bei einer solchen einschneidenden Regelung der Tarifverträge an die Einschränkung der Verbindlichkeit, an härtere Sanktionen der Verträge und, und schließlich daran, eine Kündigungsform in die Tarifverträge einzubauen.

Schiedspruch im Ruhrbergbau.

7 v. H. Lohnabbau. — Unveränderte Arbeitszeit.

Essen, 30. September.

Das auf Grund der Schlichtungsnovation eingesezte Dreimänner-Kollegium fällte einstimmig einen Schiedspruch, der im Ruhrbergbau eine Lohnsenkung von 7 v. H. bis 31. Januar 1932 festsetzt. Das Arbeitszeitabkommen wurde unverändert bis zum 31. März 1932 verlängert.

Die Verhandlungen finden am heutigen Mittwoch vor dem Schlichter Professor Bruhn in Dortmund statt. Wie der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches durch den Reichsarbeitsminister ist noch umgehend zu rechnen.

Ruhrschiedspruch abgelehnt.

Protest der Arbeitgeber und der Gewerkschaften.

Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau, der eine siebenprozentige Lohnsenkung vorsieht, ist von drei Bergarbeiterverbänden förmlich abgelehnt worden. Ferner landten die Verbände folgendes Telegramm an den Reichsarbeitsminister: „Bergarbeiterverbände lehnen mit größter Entschiedenheit Schiedspruch für Ruhrbergbau ab. Entschieden dringend Verbindlichkeitsklärung nicht auszusprechen.“ Wie verlautet, wird auch der Bergarbeiterverband den Schiedspruch in der Lohnfrage ablehnen, da er den Bergbau nicht ausreichend entlastet und zum anderen die Auswirkung der Pfundabbau im Laufe der vorgezeichneten Zeitdauer des Spruches nicht zu übersehen läßt. Das Arbeitszeitabkommen wird von dem Bergarbeiterverband angenommen.

Wie in Berlin verlautet, rechnet man trotz der Ablehnung nach im Laufe des Mittwochs mit der Verbindlichkeitsklärung.

Lohnabbau bei der Reichsbahn

Berlin, 30. September.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat im Einvernehmen mit der Reichsregierung den drei vorkaufenden Organisationen die Paragraphen 4 und 5 des Lohnabwertrages vom 31. Oktober gekündigt, und die in der Notverordnung vorgegebene Lohnsenkung auch bei der Reichsbahn durchzuführen.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

liefert frei Haus Richard Arnold, Buchhandlung

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kernberg, den 30. September 1931

* In den nächsten 3 Sonntagen (4., 11. und 18. Oktober) sind in Kernberg die Gedenkfeiern geöffnet.

* **Gustav-Adolf-Gedenkfest!** Am Montag, den 5. Oktober findet im „Blauen Hof“ unter Mitwirkung der Ganga Landesbehörde (Leitung Dr. Heinz Selzer) eine Aufführung des bekannten Stückes „Gustav-Adolf“ v. D. Deuring statt. Vor ungefähr 300 Jahren, am 24. Juni 1630, landete der große schwedische Glaubensheld in Uesdorn, Pommern, um seinen egl. Brüdern in Deutschland zu Hilfe zu eilen. In 3 ereignissen Aufzügen schildert das Stück die Glaubenskämpfe jener Zeit Ueber 2 Jahre kämpfte Gustav-Adolf in Deutschland für den egl. Glauben und fiel, von allen tief betrauert, am 6. November 1632 in der Schlacht bei Lützen. — Die Aufführung bildet eine Gedenkfest für den großen Soldaten und sind alle Evangelischen dazu herzlich eingeladen Anfang nachmittags 4 1/2 Uhr und abends 8 Uhr. — Karten zu ermäßigten Preisen sind noch im Vorverkauf, sowie ab 7 Uhr an der Abendkasse zu haben. Die Ortsgruppe des Evangelischen Bundes wird Karten zu Vorverkaufspreisen in den Häusern anbieten lassen.

* **Wichtig für Hausbesitzer.** Am Freitagabend veranstaltet der Haushälter-Verein im Bachmannschen Lokale eine Versammlung, in der Landesverbandsgeschäftsführer A. Gerber über das jetzt aktuelle Thema: „Wie kann die Vesteigerung der Hauszinssteuer wegfallen, ohne dem Haushälter neue Lasten aufzubürden?“ sprechen wird. Wir verweisen auf das Interes des Haus- und Grundbesitzer-Vereins in heutiger Nummer und empfehlen den Besuch sehr.

* **Varietè-Sportabend.** Die Kunstinhaber-Familie Giesinger aus Halle a. S., die wegen ihrer radkoptischen Leistungen hier bestens bekannt ist, veranstaltet am Sonntagabend im „Schlögenhaus“ wiederum einen Kunst-Sportabend mit viel neuen Darbietungen. Diese fabelhaften Kunstleistungen werden auf allen möglichen Nädern ausgeführt, u. a. auf dem 3 Meter hohen Eiselturm und z. T. von Kindern von 13–14 Jahren. Liebhaber des Radsports und jeglichen Sports überhaupt finden hier Leistungen geboten, die sich aus dem Rahmen der sonst üblichen Darbietungen weit herausheben. Einen Besuch dieser Veranstaltung, zu der äußerst niedrige Eintrittspreise festgesetzt sind, können wir bestens empfehlen.

* **Fußballsport.** Am vergangenen Sonntag fand das 2. Verbandspiel der 2. Mannschaft von Sportverein „Vorwärts“ Kernberg gegen die 2. Mannschaft von Johna statt. Um 2 Uhr gab der Unparteiische den Ball frei. Es entwickelte sich sofort ein lachares Spiel, beide Mannschaften versuchten, die Punkte an sich zu bringen. Halbzeit: 1:1. Nach der Pause fielen dann Kernberg ziemlich bis zum Schluß mit 3:2. Der Sieg schien schon sicher, da gelang es Johna, den Ausgleich zu erzwingen. Mit dem Resultat von 3:3 trennten sich die Mannschaften.

— Keine gebrauchten Räder von Unbekannten kaufen. Trotz wiederholter behördlicher Warnungen werden gebrauchte Fahrräder, deren Herkunft nicht in allen Fällen zweifelsfrei ist, von leichtgläubigen Personen, hauptsächlich auf dem Lande, angekauft. Mehrere Fälle in letzter Zeit auch bei Kernberg, rechtmäßig zu handeln. In allen Fällen gibt der Verkäufer an Eigentümer des Rades zu sein. Der Käufer derartiger Fahrräder bringen sich dem Strafgesetze gegenüber in empfindliche Situationen, weil sie den Umständen nach annehmen müssen, daß die Räder nicht auf ehrlichen Wege erstanden sein können. Die Vorseigung von Personalpapieren seitens der Verkäufer, die überdies meist falsch sind, schließt nicht aus, daß sich die Verkäufer solcher Räder wegen höherer Strafen machen können.

Der grobe Ungehör der Berufsjudenwesen wird in der Zeitschrift „Der Schulverband“ gekennzeichnet: Es wäre im gegnerischen Zeitpunkt Parlament am rechten Platte, den ungeschulten Zutritt der Schüler zu den höheren Schulen einzukürzen und dafür die Volksschule mindestens auf ihrer bisherigen Entwicklungshöhe zu erhalten. Das wäre kulturpolitisch und volkswirtschaftlich gesehen die richtige Sprachschrift. Denn jeder höhere Schüler setzt zur Zeit das meiste an Bildungsgut eines Volksschülers, also daß eine Gewähr dafür gegeben ist, daß ein auf der höheren Schule unvollständig vorgebildeter Jugendlicher mehr leisten wird ein normal begabter oder gar befähigter Volksschüler mit abgeschlossener Volksschulbildung. Er hat die Leistungsfähigkeit der Landesschule. Denn eine leistungsfähige Volksschule ist und bleibt das geliebte Bollwerk gegen das Verflingen des Bauernstandes in einen Stand der Rückständigkeit für den Bauernstand und viele Kreise des Volksvolkes sollte es im allgemeinen (von Ausnahmen selbstverständlich abgesehen) kein Streben nach „Berechtigungen“ geben. Jede Landschulbildung ist darum aufbauarbeit, die dem kommenden Geschlecht zugute kommen wird.

Wittenberg. Die Stützkräfte in Vierterzig, die bereits vor einigen Wochen 200 Arbeiter entlassen haben, haben am Freitag wieder 200 Mann entgültig. Wie verlautet, sollen Verhandlungen wegen der Entlassung des Wertes in die Wege geleitet sein, was sehr zu bedauern wäre.

Söllichau, 29. Sept. (Viermal Geburtstag) Am Sonntag, 27. September, feierte die Witwe Wilhelmine Starke geb. Schulze aus Söllichau ihren 80. Geburtstag. Am gleichen Tage beging ihr Sohn Friedrich Starke, Elektromechaniker in Söllichau, seinen 40. und dessen Tochter Luise Starke zu Söllichau ihren 17. Geburtstag. Die Tochter des zweiten Sohnes der Witwe Starke in Leipzig wohnt, feierte am demselben Tage ihren 15. Geburtstag. Die Witwe Wilhelmine Starke wurde an ihrem Geburtstage letzten Sonntag um 14 Uhr durch den Mitteldeutschen Mundfunk begrüßt.

Sernau-Söllichau. Die Pferdebrunn ist seit einigen Tagen in vollem Gang. Das kalte Wetter begünstigt die Brunnt.

Döben. (Ausbau der Fernverkehrsstraße) Am Donnerstags hatten Regierungsvertreter in Döben eine Zusammenkunft, in deren Rahmen eine Verständigung der Fernverkehrsstraße 2. Leipzig-Berlin, fand, die als Grundlage für eine Besprechung über beschäftigte Ausgleichs- bzw. Umleitungsarbeiten dient.

Preritz. (Dachstuhl.) Wegen des augenblicklichen Hochwassers der Elbe ist der Regen über die Elbe durch die Föhre eingestellt. Der Personenverkehr wird weiter durch Bahneinstörungen.

Scheibitz, 24. Sept. Das Gemessen schlug. Eine hielige Einwohnerräte verlor ihre Geldbörsen mit dem gesamten Wochenlohn ihres Mannes. Alles Suchen war vergeblich, und so mußte der Verlust eben ertragen werden. Dem Finder ist aber keine rechte Freude über den Fund gekommen, denn zur größten Ueberraschung fand die Verliererin jetzt die Geldbörsen mit dem gesamten Inhalt in ihrem Briefkasten liegend. Es fehlten zwar zwei Mark an dem Betrag, doch hat der Finder wohl gleich als Finderlohn für sich abgezogen.

Großmühlau. (Arbeiterentlassungen.) Die Firma Wittkop, die in der Großmühlau Grube die Braumarbeiten für die Elektrowerke Golpa ausführt, hat in voriger Woche einen Teil ihrer Arbeiter entlassen. Wahrscheinlich wird die Firma ihre Gesamtbeschäftigung langsam abbauen, da die Großmühlauer Grube zum größten Teile ausgebaut ist und die Braumarbeiten in absehbarer Zeit zu Ende gehen.

Preritz. Ein wolkenbruchartiger Regen hat gestern die hiesigen Ästern heimgelacht. Das schwere Gemitter, das in den Abendstunden über den Wörliger Winkel dahinjagte, war von so starken Regengüssen begleitet, daß die Feldarbeit auf der Preritzer Fuh ganz eingestellt werden mußte, weil der Aufwuchs dadurch unmöglich war.

Wernigerode. (Braus gibt es noch.) In dem Stadtteil Saffede wurde morgens von einem Milchfuhranten ein Dienstmädchen eines Hauses gestohlen aufgefunden. Das junge Mädchen gab an, von einem Handwerkburschen in der langen Gasse gekauft worden zu sein. Die Angabe stellte sich aber bald als Fälschung heraus. Das Mädchen hatte den Ueberfall erdichtet, nur um zu dem ersehnten Huttopf zu kommen.

Wegen Beledigung Duesbergers verurteilt.

Geltstraße für Regierungspräsident und Reaktor. Halle. Wegen Beledigung des 2. Bundesführers des Stahlheles, Oberleutnant v. D. D. v. L. v. L. v. L. wurde der Wernigeröder Regierungspräsident Ernst von Hornard zu 100 Mark Geldstrafe, hiesewile 10 Tagen Haft, verurteilt. v. Hornard hatte im Januar d. J. im „Volkspost“ in Halle in einer Rede Oberleutnant Duesberg als „raubeinigen Stahlheleschneiderei“ bezeichnet, dem „zur großen Verwirrung aller auf die Finger geklopft sei“. Er ergriß ferner Duesberg gegenüber Semierung mit einem kleinen Stein gegenüber dem „Mont Blanc“. Eine Wüßherläge v. Hornards wegen weiter zurückliegender Gegenbeledigungen Duesbergers wurde als unzulässig juristisch erwiesen.

Ein Güterzug mit 25 Wagen entgleist.

Halle. Um Montag nachmittag gegen 15 Uhr entgleiste bei der Einfahrt am Bahnhof Wallwitz der Jagdzug 8335 der Magdeburger—Halle mit ungefähr 25 Wagen. Größere Sachschäden entfielen. Menschen sind nicht verletzt. Beide Hauptgleise wurden gesperrt.

Die Güterzugleistung in Wallwitz. — Schulfrage noch ungeklärt.

Halle. Die Ursache der Entgleisung des Güterzugs 8335 konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die Weiche war in Ordnung, auch kann Personen kein Verschulden zugeschrieben werden. Der Zug hatte beim Durchfahren der Einfahrtswende der Station Wallwitz eine Geschwindigkeit von etwa 30 Kilometer. Hierbei sprang ein flacher Lösswall aus den Schienen, der erst in Wauernitz in den Zug eingeleitet worden war und sich etwa in der Mitte des Zuges befand. Eine ganze Reihe der folgenden Wagen, und zwar 16, kamen infolge dessen ebenfalls zur Entgleisung. Sie schoben sich ineinander und wurden zum Teil schwer beschädigt. Um 23.35 Uhr konnte der eingeleitete Verkehr auf der Strecke wieder aufgenommen werden; der volle Betrieb kam jedoch erst wieder am Dienstag nachmittag in Gang.

Der Amtsgericht Halle verurteilte den Reaktor der sozialdemokratischen Chemiever Volkstimme“ B r e n z e l zu 150 Mark Geldstrafe. Frenzell hatte die Wiedergabe eines Berichtes über die wiederholte Entlassung der Stahlheleschneiderei Duesberg, den er aus einer rechtsstehenden Eisenbahn Zeitung entnommen hatte, mit der Überschrift „Ein Stahlheleschneiderei“ versehen. In seinem Kommentar hatte er noch zweimal das Wort „Lump“ gebraucht.

Neue Entlassungen bei der Preritz.

Steffart. Von der Preritz wurde zum 7. Oktober weiteren 300 Arbeiter des Werkes Preritz und der Altkohlenbachgrube entgültig. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen auf 4 776 gestiegen.

Staatsanwalt untersucht Bankkonkurs Schönlitz.

Halle. Im Konkursverfahren des Bauhanfasses Schönlitz stand am Montag Prüfungstermin an. Er wurde auf den 30. Oktober verlegt, da die Feststellung der Erlöse für vom Gemeinsschuldner Schwarz verpfändete Wertpapiere, die von dem Bankverkauft werden, erfolgen muß. Untersuchung der Konkursangelegenheit schwebt bei der Staatsanwaltschaft.

Bisher zwei Todesopfer der Diphtherie.

Halle. Die Diphtherieerkrankungen in der Wüsterchule haben nunmehr das zweite Todesopfer geordert. Inmehrin ist die festgelegte Zahl der Bazillenträger gering. Die Mitgeschule sowie die Wüsterchule wurden vorübergehend geschlossen.

Oberpräsident und Landesgauptmann an Sachsen

Ein Aufruf zur Winterhilfe.

Magdeburg. Unter der Devise „Wir wollen helfen“ erläßt die Sächsische Provinzialgewerkschaft der freien Volkshilfe einen Aufruf, in dem um tatkräftige Unterstützung der Winterhilfswerkes gebeten wird. Die Winterhilfe soll allen denen zugute kommen, die sich in dem bevorstehenden Winter in bitterer und schwerer Not befinden. Die Zuwendung aus der Winterhilfe soll die Pflichtleistungen der öffentlichen Fürsorge ergänzen und darf daher auf diese nicht angerechnet werden.

Oberpräsident Dr. Falk und Landesgauptmann Dr. Sübener schließen sich diesem Aufruf an und rufen an alle Bewohner der Provinz, die noch helfen können, die dringende Bitte, die Verbände der freien Volkshilfe in ihrem Wert der Nächstenliebe bereite und tatkräftig zu unterstützen. Besonders bitten sie auch die Behörden der Provinz, vor allem die Verbände der öffentlichen Fürsorge, die Arbeit der freien Volkshilfe mit Rat und Tat zu fördern.

Großfeuer auf dem Eichsfeld. In den Scheunen der Brüder Sängler in Willich bei Heiligenstadt entzündet ein Feuer, das in den lagerrichten Entenorräten reiche Nahrung fand und sich mit rasender Schnelligkeit ausdehnte. Bald standen auch die Scheunen und Wirtschaftsgebäude von fünf weiteren Bewohnern der gegenüberliegenden Straßenseite in hellen Flammen. Die Scheunen, Stallungen und Wirtschaftsgebäude von sieben Bewohnern nebst Entenorräten und Dreschmaschinen sind niedergebrannt. Der Schaden ist sehr groß.

Gerüstfehlzug. In Walle bei fürzte ein für Ausbesserungsarbeiten am Wache-Damm errichtetes Gerüst ein. Dabei wurden zwei Arbeiter getötet und 13 verletzt.

Wieder Raubüberfall auf eine Spartasse.
2000 Mark geraubt.

Berlin, 30. September.
Von zwei bewaffneten jungen Männern wurde auf die Zellener Kreispartasse in Eichsfelde ein Raubüberfall verübt, bei dem sie etwa 2000 Mark erbeuteten und unerkannt entkommen konnten.

Zwei schwer bemessene junge Burshen verschafften sich in die Räume Eingang und bedrohten mit den Worten „Hände hoch!“, zwei noch anwesende Beamte der Kasse. Einer von ihnen, der Volontär Schirnel, versuchte sofort durch die Hintertür Hilfe herbeizuholen, worauf die Räuber scharf schossen. Der Volontär erhielt einen R u d e n t e n s c h u ß und fiel ohnmächtig an der Tür nieder. Die Räuber rafften in aller Eile das auf den Tischen herumliegende Geld zusammen und legten es in die mitgebrachten Aktentaschen und verschwanden. Man rechnet mit etwa 1000 bis 2000 Mark. Die Räuber schmanen sich auf bereitstellende

Fahräder und entliefen in Richtung Lanfow. Passanten, die auf die beiden Räuber aufmerksam wurden, und wohl auch die Schüsse gehört haben werden, vertriehen die beiden zu verfolgen. Die Räuber machten jedoch mehrfach von ihren Schußwaffen Gebrauch, so daß von der Verfolgung Abstand genommen werden mußte. Obwohl das Heberfallkommando sofort alarmiert wurde, gelang es nicht mehr, der Täter habhaft zu werden. Der verleihe Volontär wurde ins Bingenkrantenhaus gebracht.

Standardware im Getreidebau.

Im Reichswirtschaftsrat hat der Arbeitsausschuß für Handelskassenfragen dem Entwurf einer Verordnung über Handelskassen für Meien, Krongen, Futtergetreide und Futter grundsätzlich zugestimmt. Die Erzeugung landw. Produkte soll in einheitliche Bahnen gelenkt werden. Zur Schaffung einheitlicher Qualitätsmerkmale im Getreidebau ist dem Landwirt die Möglichkeit gegeben, auf Lager für einen Teil seiner Ernte bei den Banken zu beliehen. Mehr denn je wird der Landwirt also befristet sein, einwandfreies, marktlähiges Getreide zu erzeugen. Er wird auf eine ordentliche B e d e c k u n g seiner Forderungen, er wird selbst Mühe und Kosten für beides Sauggut, das geteilt sein muß, nicht scheuen und den Düngeung sein ganz besonderes Augenmerk schenken. Gerade die Düngeung beeinflußt die Güte des Getreides unermesslich. Einseitige Düngeung zut im Getreidebau oft Pflanzenkrankheiten hervor ruft, fördert die, jedoch die schwächeren Pflanzen dem Landwirt keinen Nutzen bringen. Es ist daher auf einen geregelten Kalkaufwand der Felder zu achten. Der Praktiker wird entweder durch alleinige Kalkanwendung oder bei der Wahl der übrigen Düngemittel diesem Erfordernis Rechnung tragen, bezw. hat er dieses längst getan, wobei er in der Wahl der anzuwendenden Dünger freiere Hand hat. Die Kalkstoffabgabe sollte stets vor der Saat gegeben sein. Kalksuperphosphat, das die Phosphorsäure im nasserlöslichen Zustande enthält, den jungen Pflanzen also loslich zur Verfügung steht und trotzdem nicht ausgewaschen wird, kann ausnahmsweise nach dem Einpflanzen der Getreidepflanzen auf die trockenen Pflanzenerde gegeben werden, solange der

Boden offen ist. Nur gerade die zweckmäßige Anwendung der Stickstoffdünger, insbesondere des allerbüchsten (schneef. Ammoniak), ist ausschlaggebend auf die Höhe und Güte der Getreideernte. 1/2 bis 1/3 der Gesamtstickstoffgabe sollte in der Regel, nur oder mit der Saat den Getreidepflanzen zur Verfügung und raschen Anfaulen der Saaten gegeben werden. Besonders wo künstliche und schwehensäurehaltige Düngemittel ausreichen des (schneef. Ammoniak im Frühjahr) nur ausreicht, muß der Landmann die Verhältnisse abwägen. Zu oft auf ein schwächeres Erden sollte das (schneef. Ammoniak) weniger langamen, aber reichhaltigen Wirkung wegen, in voller Dosis im Herbst gebraucht werden. Hebrat da, wo die Düngeung nicht mit der Befruchtung verbunden ist, darf man nicht, ohne sich als Konsumgüter ammoniakaliere (Luma-2-Dünge), wegen des Gehaltes an schmelzbarem Salpater, wählen. — Auf Böden mit mangelndem Stickstoff bedingt man vor Kalkammon-Dünger.

Leipziger Schlachtmarkt vom 28. September.

| Geflügel | Kühe | | Schafe | | Pferde | |
|----------|-------|-------|--------|-------|--------|-------|
| | Stück | Preis | Stück | Preis | Stück | Preis |
| 1 | 36-41 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| 2 | 30-36 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| 3 | — | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 |
| 4 | — | 4 | 4 | 4 | 4 | 4 |
| 5 | — | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 |
| 6 | — | 6 | 6 | 6 | 6 | 6 |
| 7 | — | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 |

Haus- u. Grundbesitzerverein E. V.
Am Freitag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr findet **Verammlung** bei Ernst Bachmann statt. Tagesordnung wird in der Verammlung bekanntgegeben. Es spricht Herr Gerber aus Halle über **Wie kann die Beseitigung der Hauszinssteuer stattfinden, ohne dem Hausbesitzer neue Lasten aufzubürden.**
Alle Hauszinssteuer zahlenden Hausbesitzer werden gebeten, zu erscheinen.
Der Vorstand

5-6 Morgen Elbwiese
Für Wartenburg (Habel)
4 Morgen Elbwiese
Bleibner Jura, zu verkaufen. Auskunft: Buchstelle des Reichslandbundes, Wittenberg, Schloßstr. 14/15

Modenschau
Vobachs Modenzeitung fürs Deutsche Haus
Beyers Deutsche Haus
heute neue Nummer bei

Richard Arnold
Gute Louise- und Bergamottebirnen gibt ab
Erl., Dübener Straße 11

Gicht- und Rheumatrante!
können sich von ihrem qualvollen Leiden befreien durch Carl Wabers Divinalfabe. Seit Jahrzehnten 1000fach bewährt bei Gicht, Rheuma, Njhas, Nervenleiden, Schmerzstillend u. heilend Wirkung überausend. Zahlreiche Dankschreiben von Geheilten.
Preis 1,50 u. 3.- RM.
Apothete Kemberg.
Apothete Bad Schmiedeberg.

Gustav-Adolf-Feler
Montag, den 5. Oktober
Anfang 4 1/2, und 8 Uhr im Hotel „Blauer Hecht“
Reformations-Zeispitel-Aufführung

Gustav-Adolf
Unter Mitwirkung der Evangelischen Landesbühne.
Num. Plaz 1,50, Saalplaz 1,—
Schüler nachm. 30 Pf.
Vorverkauf: (zu ermäßigten Preisen) num. Plaz 1,20, Saalplaz 1,—
bei Richard Arnold, Markt und Leipziger Straße und ab 3 1/2 und 7 Uhr an der Tagestasse.

Die Ortsgruppe des Jung. Bundes Kolbe, Mente, Vertram.
Mittwoch, den 30. September abends 8 Uhr
öffentlicher Vortrag
im Hotel „Blauer Hecht“ von der Mitteldeutschen Bau- und Hypotheken-Sparkasse, Erfurt.
Ablösung teurer Hypotheken und Finanzierung von Neubauten.

Hotel „Blauer Hecht“
Am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr
Das große Doppelprogramm.
1. Ein gewaltiges Sittendrama
Mädchen in Gefahr
2. Jack Hoxie, der König der Cow Boys in
Flammen des Hasses
Das Geheimnis des Bärenfells
Ein äußerst spannendes Wild-Westdrama aus dem Canongebirge Südamerikas.
Außerdem:
- Großes Erntefest -

Schützenhaus Kemberg
Sonnabend, den 3. Okt., abends 8 Uhr
veranstaltet die **Familie Egesberger-Halle** einen
Varieté-Sportabend
Verschiedene neue Tricks
Auftreten auf 16 verschied. Rädern
ca. 300 Kunstleistungen
Eintritt 50 Pfennig
Erwerbslose gegen Ausweis 30 Pfennig

Anschließend Tanzfränzchen
Sonnabend nachmittags 3 Uhr
Kinder-Vorstellung
(Eintritt 15 Pf.) Zu diesen genussreichen Darbietungen laden frebl. ein
Der Wirt Familie Egesberger

Landwirtschaftl. Hausfrauenverein
für den Landkreis Wittenberg
Zu unserm am 6. Oktober beginnenden
Winter-Kursus
unserer Wanderausstattungsstule in **Bad Schmiedeberg** werden noch einige junge Mädchen aufgenommen. Der 2. Kursus beginnt Anfang Januar 1932 hier. Auskunft und Anmeldungen an
Frau Elisabeth Böhne, Vorzinsende, Bad Schmiedeberg

Gesucht werden sofort
2000 RM.
an 1. Stelle auf Haus, Acker- und Wiesengrundstücke bei pünktlicher Zinszahlung. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.
Eine Wohnung
sofort zu vermieten
Wittenberger Str. 44
Dahelbst sind auch einige **junge Hühner** zu verkaufen

Kostenanschlag-Formulare empfiehlt ab Lager **Rich. Arnold.**

Für die uns zu unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir hierdurch herzlich
Schnell und Kemberg, im September 1931
Walter Dänicke und Frau
Else geb. Seifert

Zöpfe Reines Naturhaar von 4,50 M. an
Zöpfe Anfertigung von Zöpfen auch von ausgefärbten Haaren
Dauerwellen, 12,50 bis 15,- RM.
Wasserwäsen, Kopfwäsen, Ondulieren, Haarfarben, Babukopfschneiden, Höhengsonne, Haarschneiden, Rasieren, Parfümieren
Alles in bester Ausführung
Fritz Meier, Wittenberg, Juristenstraße 12, Fernruf 2590

Am **Sonnabend früh** verpunde **ein Schwein**
und nehme Bestellungen schon jetzt entgegen
Bratenfleisch Pfd. 1 Km.
Gehacktes u. Wurst „90 Pf.“
Paul Gluch, Anhalterstraße 41

1932
Delizischer Hauskalender
Lahrer hinkender Bote
Illustr. Haus- und Familienkalender
eingetroffen bei
Richard Arnold, Kemberg
Leipziger Straße und Markt

Am **Freitag, den 2. Oktober**
findet im
Gasthof Bley in Lubast
ab mittags 1 Uhr die
Grundstücks-Parzellierung
der **Heindlischen Wirtschaft**
statt. Wir verkaufen meistbietend gegen Höchstgebot die gesamte Landwirtschaft bestehend aus
52 Morgen Acker, Wiesen u. Wald
sowie
Hofraum, Stallung usw.
Interessenten wollen sich zu diesem Termin einfinden. Der Notar ist daselbst anwesend. Verträge können sofort abgeschlossen werden.
i. A. **Siegener u. Soff**

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinet wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Lanbmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Nachbarorten 1,40 M., durch den Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,50 M., in den Nachbarorten 1,60 M., durch den Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,70 M., in den Nachbarorten 1,80 M. — Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Preiszeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmepreise 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. des Kaufes, zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 116

Donnerstag, den 1. Oktober 1931

33. Jahrg.

Zwang zur sparsamen Wirtschaft

Vor 125 Jahren begann Preußens große Leidenszeit. Die Schlacht bei Jena und Querfurt, ein letzter verzweifelter Versuch, Preußen vor dem französischen Eroberer zu retten, wurde verloren, das preussische Heer gelangte oder in die Flucht geschlagen. Wie ein Triumpfhörner zog Napoleon in die Hauptstadt Berlin ein und ließ Preußen die harte Faust des Siegers fühlen. Durch den Friedensvertrag von Tilsit verlor Preußen die Hälfte seines Bestes, das gesamte Gebiet links der Elbe und den größten Teil der politischen Erwerbungen mußte es abtreten. Außerdem wurden dem erstgrobsten Land ungeheure Kontributionen auferlegt. Zahlreiche Orte blieben auch nach dem Friedensschluß vom Feinde besetzt, und das Land wurde von den fremden Truppen in brutturaler Weise ausgeplündert und gebrandschatzt. Erst im Frühjahr 1808 rückten die Franzosen ab, nachdem Napoleon noch eine Kontribution von 140 Millionen Talern erpreßt hatte.

Hat nicht unsere trostlose Zeit eine verzwiefelte Ähnlichkeit mit der furchtbaren Leidenszeit Preußens vor 125 Jahren? Auch wir haben einen Krieg verloren und einen Friedensvertrag unterzeichnet, dessen Durchführung den Staat an den Rand des Abgrunds gebracht hat. Inner dem Druck der Siegermächte müssen wir das Letzte hergeben. Handelsabgabe, Eisenbahnmaterial, Kohle, Vieh und Vieles andere mehr mußten den heillosen Franzosen und ihren Alliierten ausgeliefert werden. Meiste Gebiete des deutschen Vaterlandes wurden vom Feinde besetzt, jahrelang litt das Rheinland unter der fremden Besatzung, das Ruhrgebiet wurde ausgeplündert und die Bevölkerung der besetzten Gebiete bis aufs Blut gepeinigt. Millionen aus dem deutschen Volk herausgepreßt. Preußens Schicksal zur napoleonischen Zeit war sicher schmerzlicher, aber die Folgen des Weltkrieges sind im Bereiche der Zeit viel furchtbarer.

Eine der verhängnisvollsten Wirkungen des Weltkrieges ist die ungenutzte Kapitalmacht. Die großen deutschen Auslandsquasi wurden beschlagnahmt, sie sind — bis auf die amerikanischen Rückzahlungen an die deutschen Schiffahrtsgesellschaften — als endgültig verloren zu betrachten. Wenn man noch die erheblichen Verlesungen in Form von Reparationszahlungen in Betracht zieht, so kann man erkennen, wie ungeheure Milliardenwerte an Geld und Sachkapital Deutschland seit dem unglücklichen Ausbruch des Weltkrieges entgeht hat.

Nach einer für uns noch ziemlich ungunstigen Berechnung des Instituts of Economics in Washington betragen die deutschen Leistungen an die Siegermächte zum Waffenstillstand bis zum 31. Dezember 1922 nicht weniger als 25,8 Milliarden Mark. Sogar kommen noch die Beitragsleistungen während des Währungsbruchs in einer Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Mark. Diese gewaltigen Beträge waren natürlich aus den laufenden Erträgen der deutschen Wirtschaft nicht zu entnehmen, sie mußten vielmehr aus der Vermögensubstanz bestritten werden. In der Inflationszeit wurden dann die letzten Ersparnisse des deutschen Volkes zerrieben. Darum fehlte es in der ganzen Zeit der Währungsstabilisierung an Betriebskapital, dem eigentlichen Motor der Wirtschaft. Die Folge davon war die Zunahme von Auslandsanleihen in einem bisher nie gekannten Ausmaß. Befristet vor diesem Kapitalstrom aus dem Ausland erlöste die deutsche Wirtschaft ein Stadium der Hoffnungslosigkeit, das allerdings — wie vorauszusagen war — nicht von langer Dauer war. Dazu brückte die Last der Reparationszahlungen sowie der öffentlichen Ausgaben so schwer auf die Wirtschaft, auch war die Abhängigkeit von dem Auslandskapital außerordentlich bedenklich, zumal es sich in der Hauptsache um kurzfristig angelegtes Geld handelte, das jederzeit von den Gläubigern wieder abgerufen werden konnte. Der letzte Sommer hat ja dann auch mit erschütternder Deutlichkeit die große Gefahr dieser Kreditwirtschaft gezeigt. Mit Mühe und Not und unter schweren Opfern haben wir eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite um ein halbes Jahr erreicht. Ob die Gläubiger dann noch weiter stillhalten werden, läßt sich heute noch nicht sagen. Wahrscheinlich wird man eine grundsätzliche Verlängerung des Stillhaltenskommens bei allmählicher Tilgung der Kredite mitteilen.

Darüber hinaus wird unsere wichtigste Aufgabe jetzt darin bestehen, die inländische Kapitalbildung so zu unterstützen, daß in absehbarer Zeit einmal die inländische Abhängigkeit vom Ausland überwunden werden kann. Zu diesem Zweck muß zunächst der Abstrom deutschen Kapitals zu Reparationszwecken um jeden Preis unterbunden werden, weiter muß alles getan werden, um die Kapitalbildung im Inland mit allen Mitteln zu fördern. Jeder einzelne, der über ein festes, ausreichendes Einkommen verfügt, muß und kann zur Erreichung dieses Zieles mitarbeiten. Viel Geld wird nach heute noch von überflüssigen Gewinnen zu Hause im Sparkasten vernichtet, anstatt es den Sparbanken, Versicherungsgesellschaften und ähnlichen Geldinstituten zuzuführen, wo es den Besitzern Zinsen bringt und obendrein in Form von Darlehen und Krediten der Wirtschaft nutzbar gemacht wird! Wie groß die Summen sind, die auf diesem Wege der Wirtschaft zugeleitet werden, erzieht man am besten daraus, daß sich trotz der allgemeinen Beschränktheit allein bei den deutschen Lebensversicherungen die Kapitalanlagen im Jahre 1930 um mehr als 500 000 RM vermehrt haben und in dem gleichen Jahre zum Beispiel

eine einzige dieser Gesellschaften, nämlich die Allianz, mehr als 350 Millionen Gesamtergebnisseinnahmen zu verzeichnen hatte.

Jedermann sehnt sich heute nach der Rückkehr zu geordneten Verhältnissen. Gut, dann ist es auch seine Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wir täuschen uns über unsere Lage, so erklärte der preussische Handelsminister Dr. Schreiber kürzlich bei der Bunderversammlung der Handelskammer Duisburg-Wesel, wenn wir nicht erkennen wollten, daß der Zwang, in Wirtschaft und das Kapital, das unsere Volkswirtschaft zum Leben und zur Beschäftigung braucht, in eigenen Hände zu bilden, an alle Berufsstände und an alle Volksschichten mit der gleichen niedrigen Unerbittlichkeit herantritt. Allerdings verlangt der Minister mit Recht, daß neben parlamentarischer Kapitalverwendung sowohl in der öffentlichen wie in der privaten Wirtschaft auch die Kapitalbildung in allen Schichten mehr als bisher begünstigt und erleichtert wird. Jede übermäßige Belastung der Wirtschaft durch Zins und Steuern muß deshalb in Zukunft weggelassen, wenn die inländische Kapitalbildung wieder Fortschritte machen soll.

„Es gibt keine Inflation!“

Brüning auf der Tagung des Sparkassenverbandes.

Auf der Tagung des Sparkassenverbandes hielt Reichsfinanzminister Dr. Brüning eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die Währung

muß in Deutschland unversehrt erhalten bleiben. Kein Volk, das wie das deutsche, das furchtbare Erleben einer solchen Inflation über sich ergehen lassen mußte, wird es erneut ertragen können, wenn in den Zeiten größter Unsicherheit und Angst erneut dem Vertrauen auf den Bestand von Sparanlagen und Rücklagen ein Stoß versetzt würde. Die Regierung wird darum im Verein mit der Reichsbank alles tun, um die Währung in ihrem Bestande zu schützen.

Ein armes Land muß billig sein.

Wenn es gelingt, Anträge und Preise in dieser Richtung zu orientieren, dann werden auf solider Basis Wirkungen erzielt, wie für die Wirtschaftsentwicklung des Währungsgebietes vorübergehend möglich wären.

Die eingeleiteten Regierungsmaßnahmen lassen erkennen, daß eine jede der Interessen der Sparrer widersprechende Bereinigung zwischen den öffentlichen Finanzen und den Sparkassen ausgeschlossen bleiben soll. Wenn von Zeit zu Zeit Gerüchte aufkommen, daß Sparguthaben beschlagnahmt würden, so sind sie völlig unbegründet.

Strikte Aufrechterhaltung der Goldwährung.

Im weiteren Verlauf der Substitutionsstagung der Sparkassen unter Vorsitz Reichsbankpräsidenten Dr. Luther nochmals die Ausführungen des Reichsfinanzministers, wobei er ausführte: „eine kontrollierte Inflation kann es für Deutschland nicht geben, und deshalb werde ich es weit von mir, durch Inflation den deutschen Sparrer um sein Kapital zu bringen.“ Da Deutschland dem Ausland fern vorwiegend auf der Gold- oder Dollarbasis verkehrt, sei würde aus einer Abwertung der Mark keine Erleichterung, sondern gerade eine Erhöhung des Schuldendienstes bringen. Das Festhalten an der Goldwährung verleihe Deutschland vor unüberwindlichen Schwierigkeiten und stärke den Kredit.



deutsche Volksgüter von Hoeds teil. Die Herren haben gegen 5 Uhr nach Berlin zurück, während der Rückfahrt wurde ein Teil der inneren Stadt beschlagnahmt, worauf die Herren in ihr Hotel zurückkehrten, wo dann um 6 Uhr abends der große Drehschlingung stattfand.

Abluß der Besprechungen.

Eine gemeinsame Verantbarung über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen.

Mit dem Empfang in der französischen Botschaft ging der Berliner Besuch der französischen Minister zu Ende. Das Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen ist in einem gemeinsamen Communiqué zusammengefaßt, das am Montagabend den Pressevertretern bekanntgegeben wurde. Die amtliche Mitteilung enthält im wesentlichen Angaben über die Einleitung und Funktionen des künftigen deutsch-französischen Ausschusses sowie über die Gliederung seines Aufgabengebietes, das wirtschaftliche, finanzielle und technische Einzelheiten der Zusammenarbeit umfaßt. Im einzelnen heißt es in dem Bericht:

„Die Vertreter der beiden Regierungen haben erneut ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß ihr Ziel die Herstellung eines vollkommenen Zusammengehens zwischen beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Bemühungen zu vereinen, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden.“

Den deutschen und französischen Ministern scheint es gegeben, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten vermag. Sie sind dementsprechend übereingekommen:

eine gemischte deutsch-französische Kommission

zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralfstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft wie auch der Arbeitnehmer, bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen obliegen. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten und ihre Arbeiten alsbald aufnehmen.

Die Kommission hat die Aufgabe, alle die beiden Länder betreffenden Wirtschaftskrisen zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren.

Sie wird vor allem die Möglichkeiten prüfen, die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen. Sie wird den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern untersuchen, um die bei dem Inkrafttreten des Handelsvertrages von 1927 gemachten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Abjagmöglichkeiten suchen. Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihr Bestreben nicht gegen die Wirtschaft irgendeines anderen Landes richtet.

Sie erklären, daß sie es ablehnen, die Lösung der der Kommission zugewiesenen Fragen etwa in gemeinsamen Vorgehen auf dem Gebiet von Zollrückstellungen zu suchen. Sie werden sich in Einklang mit den allgemeinen Besprechungen zur Beförderung der Wirtschaftskrisen in Berlin betreten und werden die Mitarbeiter anderer Völker in jedem Maße nachsuchen, wo die Schlichte dies erfordert. So könnte unter anderem die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schiffahrt und Luftverkehr geprüft werden.“

Der Eindruck in Berlin.

„Das Studienkomitee ein Kristallisationskern.“

Größere Aspekte für die Zusammenarbeit. Von maßgebender deutscher Seite wird zu dem Communiqué betont, daß die ganzen Besprechungen der Überzeugung beherzigt waren, daß es nicht nur im Interesse der beiden Länder, sondern auch im Interesse Europas und der Weltwirtschaft absolut notwendig sei, zu einem neuen Zusammenarbeiten zu gelangen. Dieser Notwendigkeit habe sowohl der französische Ministerpräsident als auch der Reichsminister verschiedentlich Ausdruck gegeben, und auch die Unterhaltung beim Reichspräsidenten sei von der gleichen Überzeugung beherzigt gewesen.

Nach einer eingehenden diplomatischen Vorbereitung hätten die Minister in diesen Tagen eine vertrauensvolle Aussprache gesucht und gefunden. Sie sei nicht nur auf die praktische Arbeit, auf die nächsten wirtschaftlichen Fragen beschränkt gewesen, sondern habe sich auch auf die großen politischen Weltprobleme erstreckt. Auf diesem weiteren Gebiet seien Beschlüsse allerdings noch nicht gefaßt worden, vielmehr konzentrierten sich die Besprechungen schließlich auf die Einleitung des deutsch-französischen Komitees.

Das Komitee wird aus hohen Beamten der beiden Regierungen zusammengelegt und je nach den aktuellen Aufgaben durch berufene Vertreter der Wirtschaft ergänzt werden. An der Spitze des Komitees steht immer einer der beiden Außenminister, wenn das Komitee in Berlin tagt